KURSWECHSEL FÜR EIN
GUTES LEBEN

Region Rhein-Neckar/
Mannheim

Mannheimer Erklärung
für bessere Zukunftsperspektiven der „Jungen Generation“

Die IG Metall Mannheim, die Betriebsratsvorsitzenden und Vorsitzenden der Jugend- und Auszubildendenvertretungen der Mannheimer Metall- und Elektroindustrie und des Handwerks fordern als Erstunterzeichner dieser Erklärung die Unternehmen in der Region auf:

- **Die Anzahl der Ausbildungsplätze deutlich zu erhöhen.**
- **Die auslernenden Auszubildenden grundsätzlich in ein unbefristetes Beschäftigungsverhältnis zu übernehmen.**
- **Die Weiterbildung zu fördern und mehr Qualifizierungsmaßnahmen anzubieten.**
- **Unbefristete anstatt prekäre Beschäftigungsverhältnisse anzubieten.**

Wir sehen die Zukunftsperspektiven der Jungen Generation mit großer Sorge. Wirtschaft und Politik klagen zunehmend über einen Mangel an Fachkräften. Dieser ist jedoch selbstverschuldet und könnte durch die Bereitstellung von mehr Ausbildungs- und Arbeitsplätzen behoben werden.

Ausbildungssituation und Standortsicherung

Nach einer Studie im Auftrag des baden-württembergischen Industrie- und Handelskammertages fehlen im Jahr 2015 über 260.000 nichtakademische Fachkräfte und 38.800 Akademiker. Angesichts sinkender Schulabgängerzahlen muss jetzt Vorsorge getroffen werden, um den zukünftigen Fachkräftebedarf zu decken und der „Jungen Generation“ in dieser Region eine Zukunftsperspektive zu bieten.

Handlungsbedarf ist auch für das Jahr 2012 geboten, da hier die Gymnasialabgänger zweier Geburtsjahrgänge (G9 und G8) zeitgleich nach Ausbildungs– und Studienplätzen nachfragen. Hinzu kommt eine hohe Anzahl bisher unversorgter und in „Warteschleifen“ befindlicher Jugendlicher. Seit Jahren münden weniger als die Hälfte der Bewerberinnen und Bewerber für einen Ausbildungsplatz direkt in eine betriebliche Ausbildung.

Unterrichtsausfall und Ausstattung der Berufsschulen

Der Unterrichtsausfall an den beruflichen Schulen Baden-Württembergs betrug im abgelaufenen Schuljahr 4,5 Prozent. Eine wesentliche Ursache dafür ist die unzureichende Versorgung mit Lehrkräften.

Städte und Gemeinden sind die Träger der Gebäude und Ausstattung der berufsbildenden Schulen. Im Gegensatz zu den Landkreisen haben die Berufsschulen in städtischen Ballungsräumen eine minderwertigere Ausstattung. Dies ist oftmals auf die schlechtere Ein- und Ausgabesituation der Städte zurückzuführen. In diesen Fällen ist die Landespolitik gefordert, einen Ausgleich zu schaffen.

Unbefristete Übernahme statt prekäre Beschäftigung

Der Jugend gehört die Zukunft. Doch wie sieht die Realität aus? Die Zukunftschancen sind ungleich verteilt, der Einstieg ins Berufsleben ist von prekären Jobs und Brüchen in der Erwerbsbiographie bestimmt.

Die unter 35-Jährigen sind überproportional von prekärer Beschäftigung wie Leiharbeit,

Befristung, Praktika und werkvertraglicher Tätigkeit betroffen. Für diese Menschen werden geringerer Verdienst und schlechtere Arbeitsbedingungen ohne tarifvertraglichen Schutz und Perspektive zur traurigen Regel.

In der Metall- und Elektroindustrie werden die Auszubildenden nach ihrer Prüfung überwiegend nur für ein Jahr befristet übernommen, obwohl der Tarifvertrag im Grundsatz eine unbefristete Übernahme vorsieht. Damit wird die tarifvertragliche Ausnahme zum betrieblichen Regelfall. In anderen Branchen ohne tarifliche Regelung findet eine Übernahme oftmals nicht statt, wie z. B. in einigen Betrieben des Kraftfahrzeughandwerks.

Wir fordern einen Kurswechsel für ein gutes Leben – gerade für die junge Generation

Die Entscheidung, das Regelrenteneintrittsalter schrittweise auf 67 zu erhöhen, wird die Ausbildungs- und Beschäftigungschancen der Jungen Generation weiter verschlechtern. Deshalb muss der Beschluss zur Rente mit 67 auch im Interesse der Jugend zurück genommen werden.

Prekäre Beschäftigung schafft materielle Probleme und Zukunftsängste für die Betroffenen, aber keine zusätzlichen Arbeits- und Ausbildungsplätze. Sie ist daher abzulehnen.

Wir treten für die Verbesserung der Zukunftsperspektiven der Jungen Generation ein und fordern die Unternehmen zur Umsetzung der Mannheimer Erklärung auf:

Für mehr Ausbildungsplätze und unbefristete Übernahme in Beschäftigungsverhältnisse mit tarifvertraglichem Schutz.

Impressum: IG Metall Mannheim • Hans-Böckler-Straße 1 • 68161 Mannheim • Redaktion: Klaus Stein (verantwortlich), Barbara Hoppe • Foto: pixelio/Dieter Schütz • Gesamtherstellung: apm AG, Kleyerstraße 3, 64295 Darmstadt